Einzelnummer 10 Pfennig

# Arbeiterstimme

Nur Liste 5
Rädel
Renner
Siegel
Sindermann
Glatzer, Helene
Mätzig
Neuhof

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und ... / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossen

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum ... Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil ... zeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 18. April 1929 — Nummer 90

# Litwinow durchkreuzt die Totschweigetaktik

## Entschlossenes Auftreten des Sowjetvertreters in Genf

## Die Sitzung gesprengt!

Genf, 18. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Nachmittagssitzung der Abrüstungskommission erwiderte Sowjetkommissar Litwinow auf die gegen die Sowjetpläne gemachten Einwendungen, alle dagegen vorgebrachten Argumente hätten ihn heute weniger überzeugt als vor einem Jahre, denn damals versprach die Kommission eine neue Anstrengung zu unternehmen, die aber nur eine abwartende Untätigkeit war. Die Kommission sei noch immer wie im vorigen Jahre weit davon entfernt, an die Hauptschwierigkeiten auch nur energisch heranzutreten. Wenn sie den Mut dazu nicht bald aufbringe, werde ihre Arbeit zu einem vollständigen Mißerfolg verurteilt sein. Selbst wenn er den Begriff der relativen Sicherheit anerkenne, so sei das alles kein Hindernis für eine teilweise und gleichmäßige Abrüstung. Eine teilweise Abrüstung könne die Sicherheit niemals in Frage stellen. Die größte Sicherheit bestehe in einer vollständigen Abrüstung.

Die Vertreter der imperialistischen Großmächte gerieten durch diese eindeutige Erklärung in nicht geringe Verlegenheit, insbesondere deshalb, weil das Umgehen jeder konkreten Stellungnahme nur durch die bisherigen „Arbeitsmethoden" ermöglicht wird. Die Vertreter schlugen also die Taktik des Totschweigens ein, und nachdem der Präsident mehrmals vergeblich die Aufforderung zur Wortmeldung hatte ergehen lassen, stellte er sichtlich aufatmend fest, daß augenscheinlich die Mehrheit an der bisherigen Arbeitsmethode festhalte, und damit die russischen Vorschläge als abgelehnt betrachtet werden könnten. Dieses plumpe Manöver wurde jedoch durch

**das geschickte Auftreten des Genossen Litwinow**

vereitelt, der ironisch erklärte, daß bis jetzt keineswegs eine Stellungnahme der Delegierten erfolgt sei, und der deshalb vorschlug, bindend zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Delegation gezwungen sei, zu den vorliegenden Anträgen öffentlich Stellung zu nehmen. Der Präsident lehnte dieses schroff ab. Er schlug vielmehr vor, darüber abzustimmen, ob die Kommission die sowjetrussischen Vorschläge an Stelle des bisherigen Entwurfes als Grundlage der künftigen Arbeit annehmen wolle. Damit sollte eine sofortige Abwürgung der russischen Vorschläge und ihre endgültige Ausschaltung vom weiteren Verlauf der Verhandlungen erreicht werden. Dies aber erklärte der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, nicht mitmachen zu können, da er die sowjetrussischen Vorschläge, ohne grundsätzlich den bisherigen Konventionsentwurf abzulehnen, als wertvollen Beitrag betrachten müsse. Daraufhin forderte Genosse Litwinow eine Erklärung über folgende drei Punkte:

1. Ist die Kommission mit einer wesentlichen Herabsetzung, und nicht nur mit einer Beschränkung, der Rüstungen einverstanden?
2. Soll diese Herabsetzung der Rüstungen auf der Grundlage eines proportionellen Verhältnisses beruhen?
3. Ist die Kommission damit einverstanden, sofort den Koeffizient für diese allgemeine, gleichmäßige Herabsetzung aufzustellen?

Durch diese geschickte Formulierung geriet die Kommission vollkommen aus dem Gleichgewicht, denn eine offene Ablehnung dieser Forderung würde ein Aufgeben des offiziell anerkannten Grundsatzes der Abrüstung bedeutet haben, anderseits jedoch würde eine Zustimmung gleich die Zustimmung zum sowjetrussischen Vorschlage bedingt haben. Das jedoch war für die imperialistischen Vertreter selbstverständlich unmöglich. In dieser Situation der allgemeinen Verwirrung wußte sich der Präsident nicht anders zu helfen als die Sitzung zu schließen und die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag zu vertagen. Der erste Vorstoß der Sowjetrussen hatte die Gesellschaft schon entlarvt.

### Der englische Imperialismus enthüllt selbst den ganzen Schwindel

**Keine englischen Vorschläge für eine Flottenabrüstungskonferenz**

**London**, 17. April. (Telunion.) Chamberlain teilte am Mittwoch dem Unterhaus mit, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, Verhandlungen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Japan über die Abänderung des Seerechtes einzuleiten.

Ebensowenig erwäge die Regierung Vorschläge für die Einberufung einer neuen Flottenabrüstungskonferenz im Anschluß an die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf.

Beide Erklärungen können sich nach Lage der Dinge nur auf die Zeit bis zu den englischen Parlamentswahlen beziehen.

*

Dieser letzte Satz der Meldung ist charakteristisch genug, um besonderen Kommentar zu erfordern. Erst soll in den Parlamentswahlen das Volk eingeseift werden und dann kann man ja konkret sagen, was man eigentlich längst beschlossen hat ... Wie bei uns in Deutschland ...

## Hermann Fleißners Wahlschmerzen

Von Rudolf Renner

In der gestrigen Volkszeitung ergreift Hermann Fleißner, Sachsens ehemaliger Kultusminister, die Feder und sticht sie den Feinden der SPD ins Herz. Natürlich mit besonderer Wucht den Kommunisten. Bums — sind wir wieder einmal tot. Armer Fleißner! Ob es ihm viel Mühe gekostet hat, sein Artikelchen zu brauen? Beschäftigen wir uns erst einmal mit seiner Attacke gegen die Kommunisten. Natürlich ist unsere Politik „eine direkte Unterstützung der sächsischen Reaktion durch die Kommunisten!" Ganz selbstverständlich, Herr Fleißner, wir bauen ja die Panzerkreuzer. Wir — nicht Herr Hilferding — bringen neue Massensteuern und machen den Kapitalisten Steuergeschenke. Wir — nicht Herr Hilferding — kürzen den Sozialetat um 43 Millionen RM. Wir — nicht Herr Wissell — diktierten den sächs. Textilarbeitern die 54-Std.-Woche. So meinen Sie es doch, Herr Fleißner — oder wie? Glauben Sie, die Arbeiter kennen nicht die Taten ihrer Ministergenossen? Glauben Sie, die sächsischen Arbeiter wissen nicht, daß Zörgiebel die Demonstrationen am 1. Mai verbietet, daß Ihr Genosse Polizeipräsident schon so stark vom Rotkoller befallen ist, daß er das Anpaddeln der Wassersportler in Berlin als Demonstration aufhalten ließ? Glauben Sie, werter Herr Fleißner, die Arbeiter hören nicht, daß Herr Severing sich anbot, mit dem Artikel 48, dem Belagerungszustand, zu regieren, und daß er jetzt erklärte: 2 Milliarden für die Reparationslasten lassen sich schon aus dem deutschen Arbeiter herauspressen? Wohl unter dem von ihm angekündeten Belagerungszustand?

Sie muten den Arbeitern zuviel zu, Herr Fleißner, wenn Sie von den Arbeitern verlangen, sie sollen den hahnebüchenen Unsinn, den Sie erzählen, ernst nehmen.

Herr Fleißner ist böse auf die Kommunisten. Verständlich, sehr verständlich, nachdem die Kommunisten den reformistischen Arbeiterverrätern in den Betrieben sehr stark zugesetzt haben. Dann aber schüttet Herr Fleißner noch an einer anderen Stelle seine Schmerzen aus, die zeigt, wo er verwundet ist. Herr Fleißner ist nicht nur wütend, sondern zugleich auch väterlich. Er sagt, unsere Taktik, unsere Stellung zur sozialdemokratischen Regierung schade uns doch nur selbst; denn unsere Wähler, unsere Mitglieder werden uns nicht verstehen. Diese Sorge, die Herr Fleißner für uns entwickelt, rührt uns ja — jedoch unser Vormarsch macht uns weniger Sorge, als Ihre Verteidigungsstellung Ihnen, Herr Fleißner. Verzetteln Sie nicht Ihre werten Kräfte.

Fleißner ist empört, daß wir vorher schon die Parole ausgeben, daß wir jede sächsische Landesregierung bekämpfen. Herrn Fleißner ist es natürlich absolut unverständlich, daß man den Arbeitern von Anfang an die Wahrheit sagt. Die SPD ist eben darauf eingestellt, im Wahlkampf die Wähler zu belügen und zu betrügen. Die Kommunisten, die nicht nach Ministerposten streben, sondern die die soziale Revolution vorwärtstreiben, das Proletariat in den revolutionären Klassenkampf führen, treten offen mit ihrer Auffassung vor die Arbeiter. Ja, die Kommunisten sagen den Arbeitern: **keine Regierung, die durch ein bürgerliches Parlament zustande gekommen ist, die im kapitalistischen Staate besteht, wird für die Interessen der Arbeiter wirken,** sie wird die Interessen der Kapitalisten vertreten und — wie die sozialdemokratische Müller-Regierung — in der brutalsten Weise gegen die Arbeiter vorgehen. Auch eine Regierung Liebmann—Graupe—Fleißner wird nicht anders handeln. Sie wird die Politik der sozialfaschistischen Heldt-Regierung nur noch brutaler fortsetzen. Sie haben das ja im Jahre 1922 gezeigt, wo sie in Leipzig den brutalen Polizeiüberfall auf die Arbeiter machten. Jetzt verkünden sie, „im Rahmen der Verfassung" Forderungen für die Arbeiter durchzusetzen. Im „Rahmen der Verfassung" arbeiten Hermann Müller, Hilferding, Zörgiebel. Die Arbeiter begreifen sehr wohl, weshalb die Kommunisten den Regierungen der Sozialdemokraten den Kampf ansagen, und sie stehen bei den Kommunisten. Deshalb braucht Herr Fleißner sich keine Sorge zu machen, daß weniger Kommunisten und mehr Sozialdemokraten gewählt würden.

Dann aber verkündet Herr Fleißner: die Kommunisten hätten auch 1920 so getan, als ob sie dieselbe Taktik einschlagen wollten, die sie heute verkünden. Dann hätten sie doch nahezu 3 Jahre zur Stange gehalten. Heute aber liegen die Verhältnisse anders wie 1920. Damals war Sachsen der Brennpunkt der revolutionären Entwicklung, damals konnten die Kommunisten annehmen, mit ihrer Taktik die Revolution vorwärtszutreiben. Heute aber liegt der Brennpunkt der revolutionären Bewegung in Berlin, und an der Spitze der konterrevolutionären Bewegung steht, als Treiber des legalen Faschismus, der Sozialdemokrat Zörgiebel. Ueber ihm als Treiber die Sozialdemokraten Grzesinski und Severing. Heute steht die Sozialdemokratie offen in der Front der sozialfaschistischen Bewegung. Jede andere Haltung der Kommunisten in Sachsen würde den Sozialdemokraten helfen ihre konterrevolutionäre Rolle zu verschleiern und ihr erneut den Nimbus einer proletarischen Partei verleihen. Würden vor allem den verlogenen radikalen Phrasen solcher „Linken", wie auch Hermann Fleißner einer ist, den Schein der Wahrheit verleihen.

Die Sozialdemokraten, auch in Sachsen, wollen in die Koalition. Sie wollen eine Anpassung an die Reichspolitik. Aber sie möchten diesen Schritt auf Kosten der Kommunisten machen. Wir jedoch werden ihnen solche Manöver nicht gestatten. Wir werden uns nicht zu den Gefangenen solcher Manöver machen lassen. Das überlassen wir den feigen Liquidatoren um Brandler, deren Anhänger (Rehbein u. a.) jetzt schon zur PSD überlaufen. Die Konsequenz, die die Arbeiter ziehen werden, das wird die Abgabe ihrer Stimmen für die Kommunisten sein.

Herr Fleißner hat die Lage seiner Partei auch schon absolut begriffen. Er beginnt die Flucht an die Seite der Kapitalisten. Neun Zehntel seiner Artikel sind auf diesen Schritt eingestellt. Fleißner hat Ministersehnsucht. So bemüht er sich, sowohl den Arbeitern als auch den Kapitalisten begreiflich zu machen, daß er ein guter, für alle gerechter Minister sein werde. Zu diesem Zweck beschwört er die Vergangenheit, seine Ministertätigkeit und das Jahr 1923. So nimmt er dann Stellung zu den Schwindelmeldungen des Bürgertums über Sachsen von 1923. Damals haben die Industriellen verbreitet, die Hundertschaften seien beritten und bewaffnet gewesen. Entrüstet stellt Herr Fleißner fest: im Jahre 1925 haben rechtsradikale Demagogen die Winzer auf die Rats- und Amtshäuser gehetzt, sie haben Türen und Fenster zerschlagen, Beamte angegriffen und Akten auf die Straße geworfen. Auch die Bauern seien angesteckt worden, sie haben Finanzbeamte mißhandelt und die Steuerzahlung verweigert. Die bürgerliche Presse habe diese Taten beschönigt. Nun, wir haben damals den Winzern und Bauern gesagt, daß sie ihren Haß nach der falschen Seite führen. Daß sie nicht die kleinen Beamten, sondern die Regierung des kapitalistischen Staates, die kapitalistische Gesellschaftsordnung insgesamt treffen müssen. Diese Schlußfolgerungen aber zieht Fleißner nicht. Er macht diese Feststellungen nur, um zu beweisen, daß **„Derartiges ... in schlimmer Zeit und Not, die den Armen zur Verzweiflung trieb, in Sachsen nicht geschehen! Die zu Unrecht geschmähten und verleumdeten**

## Das sächsische Metallarbeiterabkommen abgelehnt

**Metallarbeiter, lehnt die Schlichtungsandrohung ab, beschließt den Kampf!**

**Das Verhandlungsergebnis für die sächsische Metallindustrie und den Arbeitgeberschutzverband wurde, nachdem die große Tarifkommission dazu Stellung genommen hatte, der Mitgliedschaft zur Stellungnahme unterbreitet. Nach eingehender Berichterstattung erfolgte in den einzelnen Verwaltungsstellen der beiden Tarifgebiete die Abstimmung. Mit Mehrheit wurde das Verhandlungsergebnis abgelehnt.**

Die Ablehnung des Metallarbeiter-Lohnabkommens bedeutet eine Niederlage für die Reformisten. Nachdem die große Tarifkommission das Abkommen annahm, versuchte man unter Aufbietung aller Kräfte, die Annahme auch bei den Arbeitern durchzusetzen. Jetzt werden die Reformisten erneut an den Schlichter herantreten. Die Arbeiter dürfen sich eine weitere Verschleppung nicht gefallen lassen, sondern müssen jetzt sofort die Kampfvorbereitungen treffen und in den Betrieben die Aufnahme des Kampfes beschließen.